

Regierungserklärung: Ministerpräsident entwirft den Weg des Landes in die Zukunft Europas

In seiner Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen hat Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) am 30. August von der großen Chance gesprochen, das Land in die Spitzengruppe der europäischen Regionen zu führen – „als einen Motor des Fortschritts, als Vorbild für erfolgreichen Wandel und als Maßstab für eine nachhaltige Gestaltung der Zukunft“. Dazu müsse man alle Kräfte zusammenbringen, alle Energien mobilisieren, jegliche Kreativität und Phantasie fördern und zugleich „alle Nüchternheit aufbringen, damit aus den fünf Jahren, die nun vor uns liegen, ein guter Einstieg in das neue Jahrtausend wird“. – Der Landtag wird in seiner Sitzung am 6. September über die Regierungserklärung debattieren.

Als wichtigstes Ziel der Landespolitik in den nächsten fünf Jahren nannte der Chef der rot-grünen Regierung die spürbare und dauerhafte Senkung der Arbeitslosigkeit. Es sei in diesem Zeitraum möglich, die Arbeitslosigkeit auf unter 500 000, also sechs Prozent, zu drücken; die Arbeitslosigkeit junger Menschen müsse in unserem Land „zu einem Fremdwort werden“. Auf dem Weg dahin könne ein zukunftsweisendes Leitbild „moderner Arbeit“ helfen, das international wettbewerbsfähig sei und den Beschäftigten zugleich humane Arbeitsbedingungen eröffne. Clement: „Wir werden Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Mittelstands- und Qualifizierungspolitik, Technologie-, Infrastruktur- und Umweltpolitik miteinander vernetzen.“

In der Wirtschaftspolitik werde man sich auf den Ausbau der vorhandenen Stärken konzentrieren, zugleich aber konsequent daran arbeiten, dass neue Produkte, Technologien und Dienstleistungen eine Chance erhielten. Dabei komme es auf die Menschen und ihre Fähigkeiten an, denn auch heute ließen sich Erfahrung, Mut, Ideen, Initiative und Verantwortung der Menschen nicht durch Technik ersetzen. Eine moderne Industriepolitik erhalte die industriellen Kerne im Lande „nicht aus Nostalgie, sondern als leistungs- und wettbewerbsfähige Bestandteile unserer Wirtschaft, die ihren gehörigen Teil zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Wie NRW das Handelsland Nummer 1 sei, müsse es Ziel des Regierungshandelns sein, dass Nordrhein-Westfalen das Energieland Nummer 1 in Deutschland bleibt. Die Braunkohle werde als wettbewerbsfähiger Energieträger für unser Land auch künftig eine bedeutende Rolle spielen.

Bei der Steinkohle forderte der Ministerpräsident die Brüsseler Kommission auf, eingegangene Verträge zu erfüllen. Nach 2005 sei eine Folgeregelung erforderlich, die dem deutschen Steinkohlebergbau eine Perspektive erhalte und weiterhin eine sozialverträgliche Gestaltung des unabänderlichen Umstrukturierungsprozesses gewährleiste. Clement warnte: Schon jetzt bewege

„Für den politischen DAX sind wir verantwortlich“

In seiner über zweistündigen Regierungserklärung hat Ministerpräsident Wolfgang Clement eine Fülle von Themen angesprochen und in Formulierungen dargestellt, die wir im Folgenden auszugsweise dokumentieren.

Regierungshandeln: „Am Anfang des 21. Jahrhunderts setzen wir auf den Neubeginn. Frei von Denkblockaden, mit Mut zur Führung und zur Verantwortung.“

Finanzen: „Die für die kommenden Generationen unverzichtbare Handlungsfähigkeit des partnerschaftlichen Staates können wir nur durch solide und nachhaltige Finanzen sichern.“

Sozialstaat und Ehrenamt: „Unser Leitbild ist daher die aktivierende Sozialpolitik. Wir setzen gerade hier auf ein lebendiges, beispielgebendes bürgerschaftliches Engagement. Nennen möchte ich vor allem die Träger der Freien Wohlfahrtspflege, die vielen ehrenamtlichen und freiwilligen Helferinnen und Helfer in Kirchen, Vereinen, Verbänden und Initiativen und viele Engagierte in vielen Selbsthilfegruppen. Bei all diesen Bürgerinnen und Bürgern will ich mich heute namens der Landesregierung für ihre Arbeit bedanken.“

Kommunen: „Die Städte und Gemeinden in unserem Land gehören zu den reformfreudigsten in der Bundesrepublik Deutschland. Das soll auch in Zukunft so bleiben.“

Sport: „Der Sport ist die größte Bürgerbewegung mit hunderten Tausenden Frauen und

Männern, die sich ehrenamtlich in zehntausenden von Sportvereinen für über fünf Millionen Mitglieder engagieren.“

Innere Sicherheit: „Gegen Jugend- und Gewaltkriminalität, Drogenhandel und Organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität und Korruption gehen wir mit aller Konsequenz vor.“

Familie: „Der Staat kann die Erziehungsarbeit der Eltern nicht ersetzen. Aber er kann und muss für familienfreundliche Rahmenbedingungen sorgen. Die Erhöhung des Kindergeldes und die Steuerreform leisten dazu erhebliche Beiträge. Es geht aber auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ganztagsangebote zur Betreuung von Kindern spielen dabei eine zunehmend wichtige Rolle.“

Ältere Menschen: „Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen Modelle entwickeln, um den älteren Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes neue, nachberufliche Tätigkeitsfelder zu eröffnen und ihre Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement zur Geltung zu bringen.“

Frauen: „Unser Land kann es sich nicht leisten, auf die Innovationskraft, die Qualifikation und Kompetenz von Frauen zu verzichten. Wir wollen, dass gut ausgebildete und hoch motivierte Frauen auf den Arbeitsmärkten gleiche Chancen haben wie Männer.“

Börsengeschehen: „Der shareholder value ist aus sich heraus nicht wertorientiert. Für den politischen DAX sind wir verantwortlich. Und wir werden uns dann messen lassen, ob unsere Aktien noch hoch im Kurs stehen oder nicht.“



„Lassen Sie uns aus unserem Land nicht nur ein Vorbild für wirtschaftliche Innovation und technischen Wandel machen. Machen wir Nordrhein-Westfalen auch zu einem Vorbild für Weltoffenheit und Liberalität“ – Appell des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag. Foto: Schälte

sich die Deutsche Steinkohle AG bei ihrem Anpassungsprozess hart am Rande des Sozialverträglichen; jedes Mehr setze das aufs Spiel und mache betriebsbedingte Kündigungen der Beschäftigten erforderlich, die mit ihren Familien bereits Einkommensverzicht geleistet und eine hohe Flexibilität am Arbeitsplatz an den Tag gelegt hätten. Er freue sich, fuhr Clement fort, dass

der Bundeskanzler diese Auffassung teile. Der Ministerpräsident kündigte einen gemeinsamen Vorstoß mit der Bundesregierung in der EU an, der habe zum Ziel, dass die Mitgliedsländer künftig einen Versorgungssockel von zehn Prozent der nationalen Energieversorgung in eigener Verantwortung regeln könnten.

Zur Infrastruktur zwischen Rhein und Weser kündigte Clement an, das Land wolle mit einer integrierten Gesamtverkehrsplanung die Potenziale der verschiedenen Verkehrsinfrastrukturen und Verkehrsträger bündeln. „Verkehrsinvestitionen sichern und schaffen Arbeitsplätze“, betonte er. Darum müssten die Finanzmittel deutlich verstärkt werden, um die hochbelasteten Autobahnen auszubauen, wichtige Lückenschlüsse vorzunehmen, Ortsumgehungen müssten gebaut und Schienen- und Wasserstraßenprojekte realisiert werden. In diesem Zusammenhang kündigte er die private Vorfinanzierung von zwei Landesstraßenprojekten in Wuppertal und Plettenberg an. Der Regierungschef strich heraus, das Land investiere allein in diesem Jahr 1,55 Milliarden Mark in den öffentlichen Personennahverkehr; die Züge sollten künftig in schnellerer Taktfolge fahren, den Kunden sollten saubere und freundliche Bahnhöfe geboten werden, besonders wichtig seien auch zuverlässige und attraktive Fahrzeuge. Clement forderte alle Verkehrsträger und Verkehrsunternehmen zu einer umfassenden Kooperation auf. (Fortsetzung auf Seite 6)